

ÖGB und Wirtschaftskammer fordern ein weiteres Konjunkturpaket und warnen

„Krise ist noch nicht vorbei“

■ **ÖGB-Präsident:** Kaufkraft muss gestärkt werden.

■ **TU-Professor** warnt: Es sieht so aus, als ob die große Krise erst kommt.

Bad Ischl/Wien. „Wege aus der Krise“ suchen die Sozialpartner bei ihrem traditionellen Bad Ischler Dialog. Allerdings: Die meisten Experten und Politiker sehen die Krise noch nicht überwunden.

Der freie Fall der Wirtschaft sei zwar offenbar gestoppt und weltweit ein Boden gefunden, für Entwarnung gebe es aber keinen Grund, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar am Rande der Veranstaltung. Die Arbeitslosenzahlen würden auch 2010 weiter steigen.

„Wir müssen wieder zu Wachstum kommen“, urgiert der ÖGB-Chef weitere Maßnahmen für die Stützung der Konjunktur. Ob dies nun „drittes Konjunkturpaket“ oder „Arbeitsmarktpaket“ genannt werde sei ihm egal. Die Nachfrage sei zu schwach, die Kaufkraft der Privaten müsse gestärkt werden. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit müssten Investitionen in Bildung und For-

schung, Innovationen und Investitionen durchgeführt werden und die sozialen Sicherungssysteme erhalten bleiben.

Auch die Wirtschaftskammer fordert weitere Hilfen zur Stützung der Konjunktur. WKÖ-Generalsekretärin Maria Hochhauser betonte, dass Maßnahmen wie thermische Sanierung oder Handwerker-Bonus keine Subventionen, sondern gezielte Investitionen in Wachstum und Beschäftigung seien. Außerdem müsse in die Exportmärkte investiert werden.

Vor dem Irrglauben, dass die Krise bereits überstanden sei, warnte auch Gerhard Hanappi, Professor an der Technischen Universität Wien. Zwar würden sich die Börsenkurse stabilisieren, aber die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen kämen noch. Weshalb Hanappi mit einem weiteren Zusammenbruch der Finanzmärkte rechnet: „Es sieht so aus, als ob die große Krise erst kommen könnte. Wir sollten uns darauf vorbereiten.“ Der Wirtschaftsmathematiker rechnet außerdem mit niedrigen Wachstumsraten

von 0 bis 2 Prozent und warnt vor gesellschaftlichen Auswirkungen.

Auch Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sieht die Gefahr einer neuen Krise nicht gebannt. Gerade sei eine spekulative Blase mit lautem Knall und großen Schäden explodiert, und die nächste Blase werde schon vorbereitet, mahnte er. „Wir löschen mit Benzin“, die Krise werde mit Geld bekämpft und dadurch die nächste Blase vorbereitet, kritisierte er.

Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm sieht die

Krise ebenfalls noch lange nicht ausgestanden. Gerade deswegen müsse die Ausbildungsgarantie gesichert werden. Leider habe die österreichische Industrie ihre Ausbildungsplätze um 40 Prozent gesenkt, kritisierte er. Muhm lobte das generelle Bekenntnis der Sozialpartner, dass 2010 kein Jahr der Konsolidierung werde.

Foglar: Harte Fronten auf betrieblicher Ebene

Die Atmosphäre beim Sozialpartnertreffen sei „insgesamt gut“, konstatiert Foglar. Er verwies aber darauf, dass abseits der theoretischen Auseinandersetzung auf betrieblicher Ebene die Fronten aufeinanderprallen und teils harte Auseinandersetzungen geführt werden. Als Beispiel nannte er die Drucker, die noch immer für einen Kollektivvertrag auf die Straße gehen müssten. Auch die Lohnverhandlungen seien „schwierig“. Von der Krise der SPÖ nach den jüngsten Wahlniederlagen in Oberösterreich und Vorarlberg sieht Foglar die Sozialpartnerschaft nicht berührt. Die Politik sei für die Sozialpartnerschaft ein „notwendiger Partner“, daher habe man auch die Regierungsspitze zum Treffen eingeladen. ■



Sozialpartner fordern gezielte Investitionen etwa der thermischen Sanierung. Foto: apa

Sondersitzung zu Arbeitsmarkt und Armut

■ **FPÖ will eigenes „Erziehungsgeld“.**

Wien. Die FPÖ hat eine Sondersitzung des Nationalrates zum Thema Armutsbekämpfung und Arbeitsmarkt beantragt. Damit wolle man den „halbherzigen Maßnahmen“ der Regierung entgegenwirken, erklärte Obmann Heinz-Christian Strache am Dienstag.

Die FPÖ will, dass beim Einstieg ins Berufsleben bei gleicher Qualifikation Eltern bevorzugt werden. Weiters fordert Strache eine Reduktion der Lohnnebenkosten abgestuft nach der Zahl der Kinder. „Das sind die Fragen der Gegenwart und der Zukunft“, sagte der FPÖ-Chef, besonders Eltern seien von Armut betroffen. Zudem macht sich die FPÖ Sorgen was die geringe Geburtenrate in Österreich betrifft, dies würde dem Sozialsystem massiv schaden. Für Staatsbürger soll es ein eigenes „Erziehungsgeld“ von bis zu 600 Euro geben.

Weiters beharrt die FPÖ auf der Zusammenlegung der 22 Sozialversicherungsträger: Geht es nach den Blauen, soll es künftig nur noch zwei Träger geben – eine für EU-Bürger und eine für Nicht-EU-Bürger.

Die Sondersitzung muss laut Geschäftsordnung innerhalb von acht Werktagen stattfinden. ■

„50.000 Jobs sind für immer weg“

■ **Hundstorfer:** Vor allem Exportindustrie stark betroffen.

■ **Minister sieht keine Entspannung bei Leiharbeitern.**

Wien. (mel) Sozialminister Rudolf Hundstorfer will sich keinen falschen Hoffnungen hingeben: In der Industrie seien durch die Krise bisher 60.000 Jobs verloren gegangen, so der Minister am Montagabend im Wiener Zigarrenklub – „50.000 davon auf Nimmerwiedersehen“.

Grund dafür sei, dass die Überkapazitäten im Automobilsektor nun weggebrochen wären, meint Hundstorfer. Generell stelle die exportorientierte Industrie das „Hauptorgenkind“ der Arbeitsmarktpolitik dar. Hier würden nationale Konjunkturhilfen wenig nützen, um die Nachfrage anzukurbeln. Letztlich könne sich der Staat in diesem Sektor nur darauf beschränken, Kurzarbeit und Weiterbildung zu fördern.

Grundsätzlich funktioniere der heimische Job-Markt trotz Krise, betont der Minister. Laut Sozialministerium konnte das Arbeitmarktservice von Jahresbe-

ginn bis Ende September rund 402.000 Arbeitsplätze vermitteln – um 1,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Ein Problem sieht Hundstorfer allerdings im Bereich der Leiharbeiter. „Diese sind herausgefallen und bleiben draußen“, so der Minister. Einige Betriebe hätten zwar die Kurzarbeit beendet, Leiharbeiter seien aber kaum wieder aufgebaut worden. Betroffen sind laut Hundstorfer vor allem junge, männliche Arbeitskräfte.

Später in Pension?

In zweifacher Hinsicht will sich der Sozialminister dem Thema Arbeitszeit nähern: Einerseits gehe es darum, die hierzulande besonders ausgeprägte Kultur des Überstundenmachens einzudämmen. Hundstorfer schwebt eine Senkung der tatsächlichen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von derzeit 41,6 Stunden um etwa zwei Stunden vor.

Andererseits „gehen wir ein bisschen zu früh in Pension“, so der Minister. Würde das tatsächliche Pensionsantrittsalter – momentan klar unter 60 Jahren – auch nur um eineinhalb Jahre angehoben, wäre die Sicherung des Pensionssystems kein Problem mehr. ■

Kein Vorsteuerabzug für Kärntner SPÖ

Von WZ-Korrespondent Wolfgang Tucek

■ **Eigenwerbung der Partei laut EuGH keine wirtschaftliche Tätigkeit.**

Luxemburg/Brüssel/Klagenfurt. Die Idee schien bestechend, doch leider ist sie nicht vom EU-Recht gedeckt: Die Kärntner SPÖ hatte von 1998 bis 2004 für Werbeaktionen für sich und ihre Bezirks- und Ortsorganisationen einen Vorsteuerabzug von 20 Prozent geltend gemacht. Das Finanz-

amt Klagenfurt wollte das jedoch nicht anerkennen und bekam am Dienstag vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Recht.

Dieses Urteil hatte sich bereits im August angekündigt, als der EuGH-Generalanwalt Poiares Maduro den Kärntnern attestiert hatte, keiner „wirtschaftlichen Tätigkeit“ im Sinne des EU-Mehrwertsteuerrechts nachzugehen. Dieser Einschätzung folgten die Luxemburger Richter. Die Tätigkeiten im Rahmen der Außenwerbung wie Verteilung von Broschüren und die Veranstaltung des jähr-

lichen Parteiballs seien nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge finanziert und daher auch nicht vorsteuerabzugsberechtigt, urteilten sie. Das Ziel der Werbetätigkeiten sei nämlich die „Verwirklichung der politischen Ziele, über die Landesorganisationen zur politischen Willensbildung beizutragen, um an der Ausübung politischer Macht teilzuhaben.“

Die Idee mit dem Vorsteuerabzug stammt noch aus der Zeit des Kärntner Parteivorsitzes von Michael Ausserwinkler und Peter

Ambrozy. Die Kärntner SPÖ hatte die Entscheidung des Finanzamts Klagenfurt vor dem Unabhängigen Finanzsenat beinsprucht. Dieser verwies die Beurteilung an den EuGH.

Rohr akzeptiert Urteil

Der Kärntner SPÖ-Chef Reinhart Rohr hatte bereits im Vorfeld des Urteils erklärt, dass die Partei keine Steuerschulden habe, sondern jetzt lediglich keine Rückzahlungen vom Finanzamt erhalten werde. „Der Fall stammt von lange vor meiner Zeit, das Urteil werden wir akzeptieren.“ ■

Integration: Häupl rudert zurück

■ **Wien.** Nach dem Rückzieher von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter rudert nun auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl in Sachen Integration zurück. Noch vergangenen Freitag hatte Häupl für die Einrichtung eines Integrations-Staatssekretariats plädiert. Am Dienstag sagte er, „ein Nein des Koalitionspartners ist zu akzeptieren“. Und: „Ich will meinem Freund Werner Faymann keine Schwie-

rigkeiten in dieser Sache bereiten.“ Faymann hatte sich zuvor gegen ein Staatssekretariat ausgesprochen.

Die FPÖ nahm den „Rückzieher“ Häupls beim „Wahlkampfsmäh“ mit Genugtuung zur Kenntnis, die Grünen sind „genervt“.

SPÖ-EU-Abgeordneter Hannes Swoboda ließ derweil aufhorchen: Er forderte in der „Presse“ eine „eigene Person in der Regierung, der die Integrationsagenden überantwortet werden“. ■

■ Kurz notiert

Steuerreform: Die von der Regierung geplante Steuerreformkommission soll noch dieses Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Finanzminister Josef Pröll peilt einen Beginn im Herbst oder Spätherbst an. Unter Einbindung von Experten solle dabei über die Reform der komplexen österreichischen Steuerstrukturen gesprochen werden. Die Budgetkonsolidierung soll 2011 oder 2012 starten

NÖ Gemeinderatswahlen: Die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich finden am 14. März statt. Diesen Ter-

min hat die Landesregierung in ihrer Sitzung am Dienstag festgelegt. Gewählt wird in 568 der 573 Gemeinden. Keine Urnengänge gibt es in St. Pölten, Krems und Waidhofen a.d. Ybbs sowie in Deutsch-Wagram und Obersiebenbrunn.

Ausgleichsfonds: Die Vorarlberger Gebietskrankenkasse (VGKK) erhält heuer mehr Geld aus dem Kassen-Ausgleichsfonds, als sie einbezahlt hat. Damit wird die VGKK zum zweiten Mal seit 1961 keine Nettozahlerin mehr sein. ■